



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/78 - 2.4.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Der Bundestag wurde überfahren	S. 1
Belgrad erhält USA-Panzer	S. 3
Gestörter konfessioneller Frieden in Rhein-Hessen	S. 5
In der Goethestadt Frankfurt	S. 6

Versuch, als untauglichen Objekt

Von H.G. Ritzel, MdB

Der Bundestag wurde in seiner 202. Sitzung vom 27. März 1952 durch die Mitteilung des Präsidenten überrascht, daß der Abgeordnete Höfler von der CDU das Wort zu einer tatsächlichen Erklärung nehmen wolle. Der Präsident erteilte dem Abgeordneten Höfler das Wort und das Haus hörte mit wachsendem Staunen zu. Die Ausführungen stützten sich formal auf den § 36 der Geschäftsordnung - Abgabe einer persönlichen Erklärung. Höfler protestierte gegen die Vollstreckung eines Todesurteils, das ein holländisches Gericht gegen den früheren Gestapokommissar Wilhelm Arthur Albrecht ausgesprochen hatte und das die holländische Regierung vor kurzem vollstrecken ließ. Der Abgeordnete richtete seine Kritik dagegen, daß dieses Urteil sieben Jahre nach der Kapitulation vollstreckt wurde. Er ließ die Tatsache in den Hintergrund treten, daß das Urteil erst seit dem 27. April 1950 rechtskräftig war.

Die Haltung der deutschen Sozialdemokratie zur Frage der Todesstrafe ist klar und steht hier nicht zur Diskussion. Wohl aber der Versuch, mit Hilfe einer Bestimmung der Geschäftsordnung den Bundestag zu überraschen und festzulegen. Es steht fest, daß weder durch den Abgeordneten Höfler, noch durch den Präsidenten des Bundestages den Fraktionen des Hauses Gelegenheit

gegeben worden war, zu dem Inhalt der Erklärung des Abgeordneten Höfler Stellung zu nehmen.

Der Reichstag der Weimarer Zeit hatte neben der persönlichen Bemerkung des Abgeordneten die Abgabe von Erklärungen zugelassen und hierfür die Begriffe der tatsächlichen oder persönlichen Erklärung geschaffen. Diese Formulierung hat der Deutsche Bundestag in seine neue Geschäftsordnung übernommen. Eine persönliche Erklärung muß sich in jedem Falle auf die Person des Abgeordneten beziehen, der eine Erklärung abzugeben wünscht. Eine tatsächliche Erklärung kann sich auf irgendwelche Tatsachen beziehen, die die Tagesordnung des Hauses oder Angelegenheiten betreffen, die das Haus beschäftigt haben. In Fragen von grundsätzlicher Bedeutung entspricht es einer selbstverständlichen Loyalität, daß das Parlament nicht überrumpelt wird, sondern daß die Fraktionen Gelegenheit erhalten, zu einer geplanten tatsächlichen Erklärung Stellung zu nehmen.

Die Geschäftsordnung hat ausdrücklich vorgesehen, daß die Abgabe einer solchen Erklärung als "Kann-Vorschrift" in das Ermessen des Präsidenten gestellt ist. Nach der Vorläufigen Geschäftsordnung des Bundestages war der Wortlaut der Erklärung dem Präsidenten in jedem Falle vorher mitzuteilen. Die neue Geschäftsordnung hat nun auch die Vorlage des Wortlauts in das Ermessen des Präsidenten gestellt. Wenn nun in einer grundsätzlichen Frage, die die Strafpraxis eines fremden Landes gegen einen des Mordes überführten Deutschen angeht, ohne jegliche Vorbereitung im konkreten Fall eine Erklärung abgegeben werden soll, dann geht die Inanspruchnahme der durch die Geschäftsordnung gegebenen Möglichkeiten über den Sinn dieser Bestimmung der Geschäftsordnung weit hinaus und bedeutet praktisch ihren Mißbrauch.

Der Präsident des Deutschen Bundestages hätte, mit Rücksicht auf die politische und internationale Tragweite dieser Erklärung des Abgeordneten Höfler, Gelegenheit nehmen müssen, die Abgeordneten über ihre Fraktionen von der beabsichtigten Abgabe einer solchen Erklärung in Kenntnis zu setzen. Dies ist nicht geschehen. So stand das Haus plötzlich der Tatsache gegenüber, daß, ohne Kenntnis der Grundlagen im Einzelfall, der Vollzug der Strafe an einem zum Tode verurteilten ehemaligen Leiter eines Außenpostens der Hitlerischen Sicherheitspolizei zum Ausgangspunkt einer Aktion gemacht wurde, die angesichts der ethischen Bedeutung des Kampfes gegen die Todesstrafe wirklich nur als ein Versuch am untauglichen Objekt bewertet werden kann.

Dieser Vorfall sollte sich im Deutschen Bundestag nicht wiederholen dürfen. Mörder aus der Hitlerzeit sind die letzten Ansatzpunkte, um das Verlangen zu erheben, es sei genug Blut geflossen. Vielmehr sollten die Opfer der Hitlerzeit einem christlich und human gesinnten Abgeordneten die Möglichkeit bieten, diesen Wunsch der Öffentlichkeit vorzutragen.

Tito braucht mehr Benzin

O.R.-Wien, Anfang April

Das Ende des vorigen Jahres zwischen Belgrad und Washington abgeschlossene Abkommen über die militärische Hilfe an Jugoslawien zeitigt bereits seine Früchte. Im Hafen von Fiume, er heißt jetzt Rijeka, treffen laufend Waffen für Tito ein. Die Lieferungen stehen unter der Kontrolle der US-Botschaft. Unter dem Kriegsmaterial befinden sich besonders Panzer. Von westlichen Militärs wurde bei dieser Gelegenheit und nicht ohne den Hintergedanken, daß die Partnerschaft des jugoslawischen Diktators doch nicht über allen Zweifel erhaben sei, darauf hingewiesen, mit schwererem Material dieser Art werde die "Jugoslawische Volksarmee" keineswegs gut bedient. Das Gelände lasse keine Entfaltung größerer Panzereinheiten zu und überdies habe die Armee Titos keine Erfahrung auf diesem Gebiet; der Jugoslawe sei der geborene Kämpfer in den Bergen und Wäldern seiner Heimat.

Scharf reagierte darauf die Belgrader Presse. Auch Tito entgegnete den Kritikern, indem er feststellte, daß im letzten Abschnitt des jugoslawischen Kampfes gegen die Deutschen bereits reguläre Panzereinheiten eingesetzt waren. Es gäbe Leute im Westen, die es aus verschiedenen Gründen wünschten, sein Heer solle keine schweren Waffen erhalten und es solle wie in den ersten Jahren des zweiten Weltkrieges "in den Bergen bluten, diesmal vielleicht für fremde Interessen, als eine schlecht bewaffnete Masse, die in der entscheidenden Stunde unfähig sein werde, ihre Freiheit, Unabhängigkeit und ihre sozialistische Wirklichkeit zu bewahren".

Diese Antwort ist unmißverständlich. Jugoslawien ist keine Bindung an den Westen eingegangen und wird sich an einer militärischen Auseinandersetzung wohl nur dann beteiligen, wenn es eigene Interessen zu verteidigen hat. Tito hat diesen "sacro egoismo" mehrere Male zum Ausdruck gebracht. Er hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß er mit Hilfe des Westens den Kommunismus in seinem Lande festigen will. Andererseits befindet er sich in einer Zwangslage: An seinen Grenzen stehen volksdemokratische Heere. Wären die kleinen Fenster nach Italien und Österreich geschlossen, so könnte man die Lage mit jener vor Beginn des deutschen und italienischen Angriffs

anno 1941 vergleichen.

Seit über drei Jahren verfolgt Tito einen eigenen Kurs. Es liegt auf der Hand, daß sich der Westen mit der Möglichkeit auseinandersetzen muß, eine jugoslawische KP könnte sich zu gegebener Zeit wieder mit der Sowjet-Union und deren Satelliten verständigen. Nach dem derzeitigen Stand der Dinge besteht allerdings dafür wenig Wahrscheinlichkeit.

Tito hat seine Partei auf einen antistalinistischen Kurs festgelegt, der mit Erfolg nationale Interessen betont. Die 305000 Toten im letzten Krieg, von denen er sprach, können natürlich nicht für Rußland, sondern nur für ein (für irgendein) Jugoslawien gefallen sein. Es beleidigt die nationalstolzen Jugoslawen, wenn ihnen die kominformierte Propaganda vorrechnet, was Moskau für ihre Befreiung geleistet hat. Die Selbstbehauptung gegen den damaligen Partner gibt Tito alle Trümpfe in die Hand. Sein Wort gilt immer noch mehr als die russische Propaganda. "Davon, wieviel unser Volk auf Stalin hört", sagte der jugoslawische Diktator, "könnte sich nicht allein Stalin, sondern auch die ganze Welt seit dem Erscheinen der kominformistischen Resolution gegen Jugoslawien von 1948 überzeugen, als Stalin unsere Völker aufforderte, die Staatsführung unseres Landes zu stürzen. Die jugoslawischen Völker haben 1948 keine Folge geleistet, ebenso wie sie nun keine Folge leisten, trotz der unermüdlchen Propaganda und der Aufforderungen der sowjetischen und kominformistischen Führer zum Aufstand". Nun hat auch Belgrad eine (nicht ungeschickte) Propaganda. Es fällt auf, daß alle Staatsfeinde aus dem Westen kommen und den Kommunismus bedrohen, während aus dem Osten nur die Überläufer verzeichnet werden. Auf so große Schauprozesse wie gegen die Bürgerlichen läßt sich Belgrad gegen Kominformisten nicht ein.

Das Rückgrat des Tito-Staates ist die Armee. Sie wurde "von unten", ohne schwere Waffen und ohne Flugzeuge aufgebaut. Sie hat Benzin gespart und Blut verbraucht. Gewiß, Titos Überlegenheit bestand im Partisanenkampf. Er ist die Stärke der Bergvölker. Aber Jugoslawien bemüht sich umzulernen. Der Westen hat seit dem Kriegsende vorerst abgerüstet, Jugoslawien nicht. Nach Titos Angaben sind seit 1945 über 40000 Offiziere und Militärbeamte durch die neuen Schulen gegangen. Nicht zu übersehen: durch politische Schulen, denn sie werden "im Geiste der Lehre des Leninismus erzogen". Der Westen gibt ihnen nun schwere Waffen. Jetzt wurde mit Amerika auch ein Vertrag über technische Unterstützung abgeschlossen. Tito arbeitet zielbewußt am Aufbau des Kommunismus, der Westen unterstützt zunächst einen Gegner Moskaus, den er benötigt, um die Abwehrfront in diesem Teil Europas halten zu können.

Schon wieder Kulturkampf ?

Aus Rheinland-Pfalz wird uns geschrieben:

Während sich im gesamten Ausland die pädagogische Diskussion um fortschrittliche Erziehungsmethoden und bessere Ausbildung der Lehrerschaft bemüht, wurde in dem kleinen Regierungsbezirk Rheinhessen im Zufallsland Rheinland-Pfalz von der katholischen Kirche eine neue, an den Kulturkampf unseliger Jahre erinnernde Aktion gestartet. Seine Excellenz der Bischof von Mainz, Dr. Albert Stohr, hat Ende Februar einen Fastenhirtenbrief erlassen, in dem er die katholische Elternschaft auffordert, in einer von der Kirche durchgeführten Elternbefragung ihre Unterschrift zur Einführung katholischer Konfessionsschulen zu geben.

Rheinhessen kennt seit fast 80 Jahren nur die Simultanschule. Drei Generationen sind friedlich miteinander zur Schule gegangen und haben nicht zuletzt deshalb ein Leben lang trotz verschiedener Konfessionen in Ruhe und Frieden miteinander gelebt. Noch vor fünf Jahren hat sich anlässlich der Abstimmung über die Verfassung in Rheinland-Pfalz eine überwältigende Mehrheit von 92 Prozent für die Beibehaltung der Simultanschule ausgesprochen.

Nun sind in Rheinhessen die ruhigen Zeiten vorbei. Mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln haben in 57 Ortschaften Geistliche, katholische Lehrer und auch CDU-Gemeinderäte, sowie Parteifunktionäre die Eltern bearbeitet. Sie hatten Erfolg. Wenn auch die Ergebnisse noch nicht bekannt sind, so wird doch vermutet, daß in zahlreichen Gemeinden die als Richtsatz angegebene Mindestzahl von 30 Unterschriften erreicht werden konnte.

Aber es ist ein trauriger Erfolg, denn die Mittel waren verwerflich genug. In einem Ort gab sich der Gemeindevorsteher (CDU) dazu her, mit seiner Autorität die von ihm besuchten Eltern zur Unterschrift zu zwingen. In anderen Orten - und diese sind nicht wenige - beschworen die Ortsgeistlichen die Frauen in Abwesenheit der Männer, "Ja zu unterschreiben, wenn sie es nicht noch auf dem Totenbett bereuen wollen!" Kirchendiener, CDU-Funktionäre und Geistliche

geizten auch in hartnäckigen Fällen nicht mit der Zeit und besuchten "widerspenstige" Mütter wenn nötig sechs, sieben oder acht Mal. An Versprechungen, besonders in ärmeren Familien, fehlte es natürlich auch nicht.

In der rheinhessischen Bevölkerung hat die Aktion jedoch grosse Empörung hervorgerufen. Seit Jahren war kein politisches Thema so lebhaft und ausgiebig besprochen worden. Bald meldeten sich auch einige Stimmen derer, die in ihrer ersten Überraschung unterschrieben hatten, ohne die Tragweite ihres Handelns zu erkennen. Die teilweise sehr primitiven Begründungen einzelner weniger katholischer Lehrer für die Einführung der Konfessionsschule wurden rundweg abgelehnt. Auch der Versuch, auf regierungsamtlichem Wege eine angebliche Verordnung zum Schweigegebot für die fortschrittlichen Lehrer konnte verhindert werden. Weite Kreise der rheinhessischen Bevölkerung betonen, daß sich mit diesem "Schulkampf" weder die Kirche, noch die CDU, noch die FDP, die mit der Verhinderung einer Staatskrise die Einführung der Konfessionsschule praktisch unterstützt hat, sich einen guten Namen gemacht haben, selbst wenn in einzelnen Orten katholische Splitterschulen Wirklichkeit werden sollten.

K.H.

+ + +

In der Stadt Goethes

Sämtliche Parteien, die im Frankfurter Stadtrat vertreten sind, haben den sozialdemokratischen Oberbürgermeister Kolb als Leiter der örtlichen Polizei gebeten, zu prüfen, ob durch das öffentliche Auftreten des früheren Oberbürgermeisters Dr. Krebs die Sicherheit und Ordnung der Stadt und ihrer Bewohner gefährdet wird. Keine städtischen Säle, Gebäude oder Liegenschaften sollten nach einhelliger Meinung der Fraktionen für Versammlungen zur Verfügung gestellt werden, auf denen das Erscheinen Dr. Krebs' zu erwarten ist.

Dr. Krebs war während des Dritten Reiches Oberbürgermeister

von Frankfurt. Heute ist er 3. Landesvorsitzender der Deutschen Partei in Hessen. Wo er in öffentlichen Versammlungen als Sprecher auftaucht, gibt es Unruhen - die Frankfurter wollen den Mann nicht mehr haben, unter dessen Herrschaft die jüdischen Mitbürger in die Emigration oder in die Gaskammern getrieben wurden. Das ehrt die Frankfurter. Das ehrt auch die Frankfurter CDU und FDP. Frankfurt ist ja die Geburtsstadt Goethes. Das verpflichtet.

Die DP des Bundesministers Hellwege, die Partei der "konservativen Revolutionäre" hält nichts von dieser Verpflichtung. Die Repräsentanten des braunen Ungeistes von gestern sind ihr heute als Bundesgenossen gegen den "Marxismus" hoch willkommen. In Frankfurt, der Goethestadt, verlangen die Gesinnungsfreunde des Kanzlers und Vizekanzlers vom sozialdemokratischen Oberbürgermeister im wohlverstandenen Interesse der Bewohner ein Saalverbot für den Mann, den zwei andere Mitglieder des Kabinetts Adenauer zum Landesvorsitzenden ihrer Partei bestellen ließen.

Der Unmut müßte sich, logischerweise, auch gegen die Partei richten, die für Dr. Krebs und viele seinesgleichen erst den Weg ins politische Leben wieder öffnete. Aber das ist wohl zu viel verlangt. Denn was wäre die Bundesregierung ohne die Unterstützung durch die DP? In Frankfurt kann es sich die CDU noch leisten, einem Dr. Krebs die Tür zu weisen - in Bonn aber sitzen seine Ministerprotektoren, und es würde uns gar nicht wandern, wenn aus Koalitionsrücksichten die aufrechten Frankfurter CDU - und FDP-Stadträte von ihren obersten Parteispitzen zurückgepiffen werden sollten. Das autoritäre Adenauer-Regime braucht die ewig Gestrigen, die halb- und dreiviertel Totalitären, ohne die es nicht existieren kann.

-ler

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau

Der SPD-Erfolg in Bayern

K.T. - München

Liegt auch das endgültige Wahlergebnis der am 30. März in Bayern durchgeführten Kommunalwahlen auch heute noch nicht vor, so ergibt die bisherige Zwischenbilanz jedoch bereits ein klares Bild über die Entscheidung, die den rund fünf Millionen Wählern in die Hände gelegt wurde. Einmal überraschte die sehr hohe Wahlbeteiligung von 83,3 Prozent, obwohl man bereits aufgrund des sehr schwachen Besuchs der Wahlversammlungen von einer Wahlmüdigkeit sprach. Weiter konnte festgestellt werden, daß die Wahlbeteiligung in den großen Städten prozentual weit hinter der in den kleineren Städten und ländlichen Gemeinden liegt, und daß wiederum die jüngeren Wählergänge nur sehr schwach von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht haben.

Unterzieht man die Wahl und ihr Ergebnis einer kritischen Betrachtung, so muß gesagt werden, daß die Einführung der Persönlichkeitswahl sich bewährt hat. Denn rund 44 Prozent aller Wähler haben sich nicht damit begnügt, ihre Stimme nur der reinen Listenwahl zu geben. Daß besonders bei Gemeindewahlen die Persönlichkeit eines Kandidaten ausschlaggebend sein kann, beweist die Oberbürgermeisterwahl in München. Hier standen dem SPD-Kandidaten, dem bisherigen Oberbürgermeister Thomas Wimmer, die Kandidaten der CSU, Bayernpartei und FDP gegenüber. Und trotzdem hat das stark katholische und konservative München dem SPD-Kandidaten 60,9 Prozent aller Stimmen gegeben, während es der CSU-Kandidat nur auf 23,2 und der Bayernpartei-Kandidat auf 10,9 Prozent brachten.

Die SPD ist aus diesen Gemeindewahlen als sicherer Sieger hervorgegangen. Dies wiegt umso schwerer, als die SPD in keinem Falle eine Listenverbindung eingegangen war und sich in vielen Fällen einer gemeinsamen bürgerlichen Wahlgemeinschaft gegenüber sah. Sie konnte nicht nur ihre Stimmenzahl im Vergleich zu den letzten Landtagswahlen halten, sondern sie hat sogar in einigen Wahlkreisen, die als CSU-sicher galten, neue Stimmen gewonnen. Sie konnte weiter alle ihre Bürgermeisterkandidaten in den größeren Städten mit grosser Mehrheit durchbringen und wird in Zukunft bei der Arbeit in den Gemeindeparlamenten noch mehr in den Vordergrund treten.

Als wesentliche Überraschung muß das teilweise starke Absinken

der Bayernpartei angesehen werden. Nicht nur, daß sie, im Gesamten gesehen, rund sieben Prozent ihrer Wähler verloren hat - sie bezog gerade in den größeren Städten eindeutige Niederlagen. So haben sich in München rund 50 Prozent der ehemaligen Bayernparteiwähler von ihrer Partei abgewandt und sich ganz offenbar in erster Linie zur SPD bekannt. Einen weiteren schweren Verlust gegenüber den letzten Gemeindevahlen erlitt die KPD, die ebenfalls 50 Prozent ihrer Stimmen verloren hat und heute mit rund 2,5 Prozent aller Stimmen kaum noch ins Gewicht fällt. Klar und unmißverständlich war die Entscheidung der Wähler den zahlreichen Splittergruppen gegenüber. Die von Loritz geführte WAV mußte gänzlich von der politischen Bühne verschwinden, und auch die anderen rechts- und linksradikalen Wählergruppen konnten kaum mehr als ein halbes Dutzend Stimmen auf sich vereinigen. Beachtlich ist, daß durch den Zusammenschluß aller ehemaligen Flüchtlingsgruppen der BHE mit rund 12 Prozent aller abgegebenen Stimmen zur drittstärksten Partei in Bayern wurde. Während erwartungsgemäß bei den Wahlen zu den Landräten die CSU als Sieger hervorging, hat die SPD bei den Bürgermeisterwahlen besser als gerechnet abgeschnitten. Sie stellt von den in direkter Wahl für 47 kreisfreie Städte in Bayern zu wählenden Oberbürgermeistern zwölf gegenüber den sechs der CSU und zwei der Bayernpartei, während neun parteilos sind und der Rest von Wählergemeinschaften gewählt wurden. Lediglich in zwölf Fällen kommt es am 20. April zu einer Neuwahl, da es den Kandidaten nicht gelungen war, im ersten Wahlgang eine absolute Mehrheit zu erreichen.

Selbst vor dem Bekanntwerden des endgültigen Wahlergebnisses, das an den bereits vorliegenden Zahlen nicht mehr viel ändern wird, kann gesagt werden, daß die SPD in Bayern weiterhin die stärkste Partei ist. Dieser Vertrauensbeweis ist nicht zuletzt eine Bestätigung der sachlich geleisteten Arbeit in den Gemeindeparlamenten, sondern auch eine Bestätigung für die Politik der Koalition in Bayern. Sprachen noch viele CSU-Politiker vor den Wahlen davon, daß das Ergebnis der Wahl eventuell diese Koalition zwischen SPD-CSU ins Wanken bringen könnte, so ist es jetzt in dieser Hinsicht still geworden, denn das starke Absinken der Bayernpartei und selbst die geringen Verluste der FDP haben bewiesen, daß man in Bayern ohne die SPD nicht mehr regieren kann.